

# Soziale Staffelung ein „Bürokratiemonster“?

Die SPD ist im Gesundheitsausschuss des Landtags mit ihrem Vorschlag für eine soziale Staffelung des Landespflegegelds gescheitert. Nach einem Beschluss der Staatsregierung soll die einkommensunabhängig gewährte Leistung des Freistaats für alle Pflegebedürftigen ab Pflegestufe 2 ab 2026 von derzeit 1000 auf 500 Euro im Jahr reduziert werden. Die eingesparten Mittel von jährlich rund 200 Millionen Euro will die Staatsregierung in den Ausbau der Pflegestrukturen investieren, vor allem in Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, um pflegende Angehörige zeitweise entlasten zu können.

Die SPD begrüßt die geplanten Ausbauinvestitionen, will das verbleibende Pflegegeld aber gerechter nach tatsächlicher Bedürftigkeit verteilen. „Wir wollen keine Auszahlung mit der Gießkanne mehr, sondern es vor allem an die lenken, die es dringend brauchen“, erklärte die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann. Die Halbierung des Pflegegeldsatzes treffe gerade Pflegebedürftige mit wenig Geld besonders hart. Der Vorschlag der SPD sah vor, an Pflegebedürftige mit kleinem Einkommen oder niedriger Rente weiterhin die vollen 1000 Euro auszuzahlen. Mit der Höhe des Einkommens

sollte dann die Höhe des Pflegegelds sinken. Ab einer gewissen Einkommensgrenze sollte dieses komplett entfallen.

Für die CSU lehnte der Abgeordnete Martin Mittag den SPD-Vorschlag ab. Er begründete dies mit der zu erwartenden Bürokratie bei der Einkommensstaffelung. Um festzustellen, ob jemand künftig 750 oder 500 Euro im Jahr bekomme, sei der Verwaltungsaufwand zu hoch, meinte Mittag. Die lediglich am Pflegegrad orientierte Auszahlung sei erheblich einfacher zu administrieren. Dem schlossen sich Freie Wähler und AfD an. Eine soziale Staffelung

wäre ein „bürokratisches Monster“, urteilte Roland Magerl (AfD). Thomas Zöller (Freie Wähler) ergänzte, auch finanziell besser gestellte Menschen könnten durch langjährige Pflege finanziell in Bedrängnis geraten. Die Grünen hielten an ihrer Ablehnung des Pflegegelds als Ganzes fest. Es sei besser, die bei einer kompletten Abschaffung eingesparten 400 Millionen Euro im Jahr für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur einzusetzen, erklärte der Grünen-Abgeordnete Paul Knoblach. Damit könnten Entlastungen für alle pflegenden Angehörigen erreicht werden. > JUM